

WdA im Oktober

Lohnraub für noch mehr Profite

Deutschland ist ein sehr reiches Land. Trotzdem leben immer mehr Menschen in Armut und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes steigt. Das ist kein unvermeidbares Schicksal. Die Benachteiligungen der Mehrheit des Volkes haben Ursachen! Sie müssen bekämpft werden.

Die Verteilung des Reichtums ist nicht nur ungerecht, sondern Betrug an denjenigen, die den Reichtum mit ihrem Kopf und ihren Händen schaffen. Die Ursachen sind einfach zu begreifen: Die volkswirtschaftlichen Wertschöpfungszuwächse werden mit politischer Unterstützung weit überwiegend in die Kassen der Vermögensbesitzer gelenkt. Wirtschaftliches Wachstum bedient mittlerweile hauptsächlich die Profitinteressen des Kapitals. Das kann sich nur ändern, wenn die Gewerkschaften endlich Gegenmacht organisieren. Wenn sie sich einig sind, haben die Arbeitnehmer die Macht, die Verhältnisse grundlegend zu verändern.

Die Themen im Einzelnen

Seite 1

Lohnraub für noch mehr Profite

Seite 2

Starker Aufbruch in die Zukunft

Seite 3

**Randnotizen vom
ver.di-Kongress**

Seite 4

**Grundrecht auf Ausbildung,
Kapitalismus pur**

Seite 5

Blick zurück: Arbeiterfotografie

Seite 6

Die Raffgier der Manager:

**Die größte Null kassiert
am meisten, Buchempfehlungen**

Seite 7

**Hungerlöhne für Briefzusteller,
IG Metall Kongress**

Seite 8

**Wachstumsmarkt Krieg,
Mindestlöhne am Bau**

Seite 9

Da capo : Volker Pispers,

Filmtipp: Import Export,

Impressum

Auf den niedrigsten Stand seit 20 Jahren sind die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer/innen in Deutschland im vergangenen Jahr gesunken. Wie das Bundesarbeitsministerium weiter berichtet, lag 2006 der durchschnittliche Verdienst pro beschäftigter Person nach Abzug von Steuern, Abgaben und Inflation bei 15.845 Euro. Zu den Gründen zählen unter anderem die vergleichsweise niedrigen Tarifabschlüsse der vergangenen Jahre, der betriebsbezogene Abbau von tariflichen Leistungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie zahlreiche Steuer- und Abgabenerhöhungen. Rein rechnerisch blieb den Beschäftigten ein Nettoeinkommen von durchschnittlich 1.320 Euro im Monat.

Hauptursache für diese Entwicklung ist der stetig sinkende Anteil der Löhne und Gehälter an der Wertschöpfung, die so genannte Lohnquote. Dies bestätigen auch Studien über die Einkommensverteilung, darunter vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Sie belegen, dass der Anteil der Beschäftigten mit niedrigen Einkommen wächst: unter den Vollzeitbeschäftigten von 15,9 Prozent im Jahr 1997 auf 18,6 Prozent 2004. Leiharbeit und befristete Beschäftigung werden inzwischen beinahe zur Regel. 20 Prozent der Beschäftigten sind heute Mini-Jobber, und 1,2 Millionen Menschen müssen ergänzende Sozialleistungen in Anspruch nehmen. Für die Aufstockung zu geringer Löhne werden nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums in diesem Jahr 8,5 Milliarden Euro ausgegeben. 21,4 Milliarden Euro sind insgesamt für Arbeitslosengeld II veranschlagt.

In den vergangenen Jahren hat es eine massive Umverteilung von den Arbeitseinkommen zu den Einkünften aus Kapitalvermögen und Unternehmertätigkeit gegeben. Eine Ursache ist die von den Regierenden und den Unternehmern in den Betrieben exekutierte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse. Mehr als die Hälfte der Beschäftigten verdient ihr Geld mittlerweile außerhalb der so genannten Normalarbeitsverhältnisse. Aus Angst vor Hartz IV sind Arbeitslose immer häufiger bereit, für eine neue Stelle Abstriche beim Lohn und bei den Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Laut einer repräsentativen Betriebsbefragung des IAB gab in den vergangenen beiden Jahren jedes fünfte der etwa 23.500 angesprochenen Unternehmen an, dass die Bereitschaft zu Zugeständnissen bei arbeitslosen Bewerbern gestiegen sei. Geringere Löhne seien vor allem im Baugewerbe sowie bei Banken und Versicherungen akzeptiert worden. Auch ungünstige Arbeitszeiten, weite Anfahrtswege und Schichtdienste nähmen arbeitslose Bewerber eher in Kauf als früher.

Die Höhe der Arbeitskosten ist objektiv keineswegs der Grund für die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Im europäischen Vergleich sind einzig die deutschen und österreichischen Lohnstückkosten seit zehn Jahren konstant geblieben. In den südeuropäischen Staaten nahmen sie um über 30 Prozent zu, im Rest der Euroländer um mehr als 20 Prozent und in den neuen Mitgliedsstaaten der EU sogar um 60 Prozent. 18 von 27 EU-Ländern haben 2006 den lohnpolitischen Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft. Die Nominallöhne in diesen Ländern stiegen weniger stark als die Summe aus Preis- und Produktivitätszuwachs. Damit verschob sich in zwei von drei EU-Staaten das Verhältnis von Kapital- und Arbeitseinkommen zu Gunsten der Kapitaleinkommen. – es.

ver.di-Bundeskongress**Starker Aufbruch in die Zukunft**

„Gerechtigkeit-Würde-Solidarität“ war das Motto des 2. ordentlichen Bundeskongresses der ver.di, der vom 30. September bis 6. Oktober 2007 in Leipzig stattfand. Nach der gelungenen Eröffnungsfeier wurde die gewerkschaftliche Arbeit der vergangenen vier Jahre in einer ausführlichen Berichterstattung erörtert. In seinem kritischen Rückblick zog der Vorsitzende Frank Bsirske eine weitgehend positive Bilanz. „Diese Gesellschaft hat eine starke Gegenmacht zum grassierenden Marktradikalismus dringend gebraucht, und wir waren diese standhafte Gegenmacht allen Anfeindungen zum Trotz, und das werden wir auch bleiben“, war seine Feststellung vor den etwa 1.000 Delegierten. Die Gewerkschaft habe ihre „tarifpolitische Handlungsfähigkeit eindrucksvoll und wirksam unter Beweis gestellt“. Negativ gestaltete sich allerdings die Mitgliederentwicklung. Der massive Beschäftigungsabbau in vielen Branchen hat dazu beigetragen, dass ver.di unter dem Strich 465.000 Mitglieder verloren hat.

Aufgaben und Ziele

Die Delegierten mussten über 1.303 Anträge und zahlreiche Initiativ- und Änderungsanträge entscheiden. „Mehr und bessere Arbeit, menschenwürdige Bezahlung und bedarfsorientierte Grundsicherung statt Kombilohn und Bürgergeld“, forderte der Bundeskongress zum Mindestlohn. Der in Großbritannien 1999 eingeführte Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet, die Arbeitslosenzahlen nicht erhöht und auch keine Unternehmen in den Konkurs getrieben. Dies erläuterte Professor William Brown, Mitglied der britischen Mindestlohn-Kommission, der von ver.di als Experte zu diesem Schwerpunktthema des Kongresses eingeladen worden war. Mit Nachdruck forderten die Delegierten eine Regulierung der Finanzmärkte. Vor allem seien „die gewachsene Macht der Investment- und Hedgefonds sowie der Rating-Agenturen einzuschränken und die Kompetenzen der Finanzaufsicht zu erweitern“. Durch Beschluss wurde der ver.di-Bundesvorstand aufgefordert, „sich für ein allumfassendes Streikrecht (...), einschließlich des politischen Streiks und des Generalstreiks, einzusetzen, die Gewerkschaftsmitglieder über seine Notwendigkeit zu informieren und für Aktivitäten zu mobilisieren“. Nachdrücklich kritisierten die Delegierten die Situation der Leiharbeiter/innen. Die Programmdebatte in Ver.di soll fortgesetzt und beim nächsten Bundeskongress 2011 zum Abschluss gebracht werden.

Frank Bsirske: Wir können die Welt verändern!

In seiner eindrucksvollen fast zweistündigen Grundsatzrede stellte Frank Bsirske die gewerkschaftlichen Herausforderungen und Aufgaben dar. Als Schwerpunkt für die politische Arbeit nannte er die Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn, den Kampf gegen den Missbrauch von Leiharbeit und für eine solidarische Krankenversicherung. Außerdem soll bei den Themen Rente mit 67 und Altersarmut die Auseinandersetzung mit der Politik gesucht werden. Im Kampf gegen Sozialdumping forderte Bsirske eine stärkere Zusammenarbeit der Gewerkschaften in Europa. Außerdem rief er die Delegierten auf, ihr Handeln „sehr viel stärker an der Mitgliederentwicklung auszu-

richten“. Dafür müsse ver.di auch offensiver als bisher in den Betrieben auftreten.

Belastet wurde der Kongress von Auseinandersetzungen über die Zahl der Mitglieder des Bundesvorstandes. Die Vorgabe, dieses Gremium auf elf Mitglieder zu verkleinern, konnte nicht realisiert werden. Gewählt wurden schließlich 14 Männer und Frauen, weil sich nur so die Frauenquote von 50 Prozent und das Vorschlagsrecht der Fachbereiche einhalten ließen. Frank Bsirske wurde mit hervorragenden 94,3 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Erstmals gelangten Elke Hannack und Dina Bösch in den Bundesvorstand. Elke Hannack ist CDU-Mitglied und war bislang stellvertretende Vorsitzende im DGB in Nordrhein-Westfalen. Sie wird im Bundesvorstand künftig für Sozialpolitik zuständig sein. Dina Bösch war erst im April zur stellvertretenden Leiterin des ver.di-Landesbezirks Hamburg gewählt worden. Sie ist nun für die Bildungspolitik zuständig.

Bei vier Enthaltungen und ohne Gegenstimmen wurden die Mitglieder des Gewerkschaftsrates gewählt. In seiner konstituierenden Sitzung wählte das Gremium anschließend Monika Brandl als Nachfolgerin von Margrit Wendt zur Vorsitzenden. Die 54jährige stammt aus Regensburg und ist Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Deutsche Telekom GHS.

Die außerordentlich gute Organisation des Bundeskongresses muss besonders lobend erwähnt werden. Alle Ansprachen, Reden, Diskussionsbeiträge und Beschlüsse sind im Internet sehr gut dokumentiert.

Franz Kersjes
<http://www.verdi.de>

RANDNOTIZEN vom ver.di-Kongress

Die deutsche Arbeiterbewegung nannte niemand, als bei Eröffnung des ver.di-Bundeskongresses der Leipziger Oberbürgermeister die rhetorische Frage stellte: an was man bei Erwähnung der Stadt zuerst denke. Das Gewandhausorchester wurde genannt, der Thomanerchor, die Montagsdemonstrationen, der Gründungsort des Fußballverbandes. Es hätten einem vielleicht auch ein paar Menschen einfallen können, zum Beispiel Bach, zum Beispiel Goethe („Mein Leipzig lob' ich mir“) - zum Beispiel auch August Bebel. In der Entstehungsphase der Arbeiterbewegung lag jahrzehntelang Bebels privater und politischer Lebensmittelpunkt in Leipzig - und die Stadt wurde zur Hochburg der Arbeiterbewegung.

Solidarität mit Arbeitern in Halvensleben demonstrierte eine beeindruckende Zahl von Delegierten: Sie unterbrachen ihren wohlverdienten Schlaf mitten in der Nacht; und pünktlich zum Beginn der ersten Schicht um 4 Uhr früh standen drei gut gefüllte Reisebusse (ein vierter hatte die wartenden Delegierten im Regen stehen lassen) vorm Werkstor des von Schließung bedrohten Betriebs. Auch Frank Bsirske, der eben wieder gewählte ver.di-Bundesvorsitzende, und Margret Mönig-Raane, eine seiner alten-neuen Stellvertreterinnen, waren dabei. Klar, dass daraufhin eine Geldsammlung für die Kollegen in Halvensleben und für die Mitarbeiter/innen einer ebenfalls von Schließung bedrohten Fahrradmanufaktur rasch 5.000 € erbrachte. ver.di legte noch mal dieselbe Summe drauf.

Arbeit im Hintergrund leisteten Nacht für Nacht während des

einwöchigen Kongresses viele ver.di-Mitarbeiter/innen: Delegierte, Vorständler/innen und Gäste fanden täglich an ihren Plätzen den Pressespiegel mit der Kongressberichterstattung vor, nicht jener vom Vortag, sondern jener vom jeweils aktuellen Morgen. Kurz darauf folgten, gedruckt, sortiert und gebündelt, die Debatten- und Redeprotokolle vom Vortag. Und während sich morgens das Plenum füllte, zeigten Videofilmchen die kleinen und größeren Ereignisse des Vortags – kommentarlos, aber viel sagend und überwiegend heiter. Auch die richtige Zahl von Blumensträußen lag zu diesem Zeitpunkt für die Geburtstagskinder des jeweiligen Tages bereit – eine Kleinigkeit, aber ein herzerwärmendes Ritual.

Basis-Protest per Abstimmung gab es bei den Wahlen zum ver.di-Bundesvorstand: elf Vorständler (das war das Ziel für 2007) sollten gewählt werden; vorgeschlagen aber wurden aufgrund von Quoten-Bestimmungen 14. Anders ging es nicht. Und doch war der Zorn auf den ‚unteren‘ ver.di-Ebenen heftig: Da war zähneknirschend reduziert und reduziert worden, während der Vorstand, so hieß es, „seine Hausaufgaben nicht gemacht“ hatte. Deshalb ließen die Delegierten zwei neue Vorstandskandidatinnen durchfallen. Sie hätten über die Maßen kompetent sein, sie hätten Kopfstände aufführen können - und wären doch nicht gewählt worden. Der neue Geschäftsführende Vorstand verstand. Weil unter den beiden abgelehnten Kandidatinnen eine CDU-Frau gewesen war, drohte Unmut besonders von dieser politischen Seite. Schließlich wurden quasi über Nacht zwei neue Kandidatinnen gefunden. Sie wurden mit hervorragenden Ergebnissen gewählt - allerdings unter der Bedingung, dass beim nächsten Kongress das Ziel (elf Bundesvorständler) erreicht wird.

Presseausweise, echt oder nicht, verhalfen einigen ungebetenen Gästen Zutritt zum ver.di-Tagungsort. Mit patriotischen Sprüchen machten sie sich gezielt an junge Leute heran. Da hatten sie sich gerade die Richtigen ausgesucht: Mitglieder der ver.di-Initiative >Jugend gegen Rassismus<. Die identifizierten die Eindringlinge als das was sie waren: Anhänger der Scientology-Sekte. Die jungen Leute sorgten für deren Rauswurf.

„So eine Art Sturzgeburt“ nannte die erste ver.di-Kulturbeauftragte ihre Wahl auf dem Bundeskongress. Dabei war diese Wahl gut vorbereitet gewesen; denn die Kunstfachgruppen in ver.di hatten sich vorher auf das VS-Bundesvorstandsmitglied Regine Möbius verständigt. Doch angesichts der drückenden Zeitnot wurde über die Inhaberin des neuen Amtes quasi en bloc abgestimmt. Und hätten nicht einige Delegierte darauf bestanden, dass Möbius sich vorstellen möge, wäre sie den Meisten, die sie gewählt hatten, wohl unbekannt geblieben. So stellte sie sich also vor – zwei Tage nach ihrer Wahl. Über Konzeptionelles verriet sie nichts, und Zeit für Fragen gab es leider auch nicht.

Am Ende tanzte der Vorsitzende; das tat, trotz flotter Musik zwischendurch, sonst niemand. Besonders fröhliche Rhythmen erklangen bei Kongressende, als Delegierte und Gäste den Saal in der Leipziger Messe nach und nach verlassen sollten. Aber sie taten es nicht, jedenfalls nicht sofort; sie blickten vergnügt Richtung Bundesvorstand. Da tanzte der Vorsitzende, tanzte mal mit der Vorsitzenden des Gewerkschaftsrats, tanzte mit anderen Vorständlern, tanzte allein und hörte gar nicht auf. Und allen war klar: Die Freude war echt; der Kongress war geschafft, und in vier Jahren sehen wir weiter. A.D.

Grundrecht auf Ausbildung

Ein Grundrecht auf Ausbildung ist das Ziel einer Petition an den Bundestag, die mehrere Landesschülervertretungen eingereicht haben. Unterstützt wird die Initiative unter anderem vom Deutschen Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Gefordert wird, „einen Rechtsanspruch auf eine berufliche Ausbildung im Grundgesetz zu verankern“. Damit würde dieser Anspruch einklagbar werden. „Die organisierte Verantwortungslosigkeit in der Ausbildungspolitik muss ein Ende haben“, erklärte der hessische Landesschülersprecher Kaweh Mansoori. „1,5 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren sind bundesweit ohne Ausbildung und somit ohne Perspektiven. Wer ausbildungsfähig ist, muss Ausbildung einklagen können, jederzeit.“

Schon 1980 forderte das Bundesverfassungsgericht ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsstellen, deren Menge die Zahl der Bewerber/innen um 12,5 Prozent übersteigen sollte. Davon sind wir weit entfernt. Alle Appelle, diesen Skandal zu beenden, haben bisher nichts gebracht.

Ausbildungspakt gescheitert

Jahr für Jahr gehen bundesweit Hunderttausende bei der Lehrstellensuche leer aus – trotz Ausbildungspakt und aller Versprechungen von Wirtschaft und Politik. Es sei absurd, so der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne, dass Bundesregierung und Arbeitgeber den Ausbildungspakt zum Erfolg erklärten, obwohl schon rein rechnerisch ein Sechstel der diesjährigen Schulabgänger/innen, also 80.000 Jugendliche, bei der Lehrstellensuche leer ausgingen – nicht eingerechnet die „Bugwelle“ der rund 300.000 nicht versorgten Altbewerberinnen und –bewerber, die sich ein ums andere Jahr erneut um Lehrstellen bemühen. Ziel der Petition sei, dass Alle, die Ausbildungsplätze suchten, auch Ausbildungsplätze erhielten und nicht in Warteschleifen ‚geparkt‘ werden. „Eine Generation abgeschoben können wir uns nicht leisten, weder in sozialer noch in ökonomischer Hinsicht.“ Um Jugendlichen eine Perspektive zu bieten, tritt Thöne für eine „Verbundausbildung“ ein. Sie sieht eine Zusammenarbeit mehrerer Betriebe vor, damit den Auszubildenden auch solches Wissen vermittelt werden kann, das sie an ihrem Ausbildungsort nicht erhalten können.

Auch Ausbilder brauchen Fortbildung

Wer behauptete, dass die mangelnde Ausbildungsreife den erfolgreichen Übergang in Ausbildung verhindere, „schiebt den Jugendlichen den Schwarzen Peter zu“, ergänzte Thöne. „Lernversäumnisse in anderen Bereichen dürfen kein Grund sein, Jugendlichen eine Ausbildung zu verweigern.“ Vielmehr gelte es, beispielsweise bei Defiziten in der deutschen Sprache, zusätzliche Fördermaßnahmen einzusetzen.

Auch die Qualität der beruflichen Erstausbildung in den Betrieben ist zunehmend mangelhaft. Deshalb fordert der DGB, dass die Ausbildereignungsverordnung (AEVO) und damit die Pflicht, sich als Ausbilder zu qualifizieren, wieder in Kraft gesetzt wird. Vor vier Jahren war die AEVO in der Hoffnung auf mehr Ausbildungsplätze ausgesetzt worden. „Das halten wir für unverantwortlich“, sagt DGB-Vize Ingrid Sehrbrock. „Ausbilderinnen und Ausbilder müssen mehr können als ihren Beruf.“

<http://www.ausbildung-fuer-alle.de>

Kapitalismus pur

Reichtum: 122 Personen bzw. Familien in Deutschland verfügen laut Informationen des *Manager Magazins* über ein Vermögen von mindestens einer Milliarde Euro. Das sind so viele wie noch nie zuvor. Die Liste der Superreichen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 15 Einzelpersonen oder Familien erhöht. Die reichsten Deutschen sind weiterhin die Aldi-Brüder Karl und Theo Albrecht. Sie verfügen über ein geschätztes Vermögen von jeweils über 17 Milliarden Euro. Das sind knapp eine Milliarde Euro mehr als im Jahr zuvor. Auf dem dritten Platz wird die Familie Porsche genannt, deren Vermögen auf 12,45 Milliarden Euro geschätzt wird. Auf dem vierten Platz rangiert mit Dieter Schwarz ein weiterer Handels- und Discount-Unternehmer. Zu seiner Firmengruppe gehören die Handelsketten Lidl und Kaufland. Das Vermögen von Schwarz wird auf 10,3 Milliarden Euro geschätzt. - Dieser Reichtum ist vor allem das Ergebnis von Ausbeutung der Beschäftigten im Niedriglohnbereich!

Strompreiserhöhungen:

Die Energiekonzerne haben angekündigt, die Strompreise für Privatkunden zum Jahreswechsel um bis zu zehn Prozent für Strom und bis zu neun Prozent für Gas zu erhöhen. Aus Sicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die Preiserhöhungen „völlig ungerechtfertigt“. Im ersten Halbjahr 2007 hatte RWE z.B. den Nettogewinn auf 2,6 Milliarden Euro gesteigert.

Blick zurück: **80 Jahre Arbeiterfotografie**

Aus der deutschen Medienwelt ist sie nicht mehr wegzudenken: die Arbeiterfotografie. Sie existiert seit nunmehr acht Jahrzehnten und feiert in wenigen Tagen Jubiläum. Als Forum für Fotokunst, kritische Fotografie und Sozialfotografie, als Galerie und Fotoredaktion ist sie seit ihrer Gründung den Grundsätzen ihres Schöpfers Willy Münzenberg treu geblieben, nämlich eine wirksame Gegenöffentlichkeit zur bürgerlichen Bild- und Pressewelt zu schaffen. Gerade heute, in einer Zeit der für die Demokratie ungesunden Medienkonzentration, ist die Arbeiterfotografie von besonderer Bedeutung. Je weniger Menschen der von mächtiger Seite gesteuerten Meinungsmache noch trauen, desto mehr suchen bei ihr Information: Im vorigen Jahr wurde rund fünf Millionen Mal das Internetportal der Arbeiterfotografie aufgesucht. Viele Medien bedienen sich aus dem Angebot des Verbandes, weil – so heißt es oft – er „ehrliche“ Fotodokumente bereitstellt.

Aus der Sicht ‚von unten‘

Bilder sind unverzichtbare Mittel, um Botschaften massenwirksam zu verbreiten; Bilder wirken beweiskräftig. Bei Bildern kommt es aber auch auf die Sichtweise an: Was wird wann wozu fotografiert? Fotos, über Agenturen verbreitet, wurden schnell wesentliches Mittel der Massenmedien. Auch die Medien der Arbeiterbewegung waren zunächst auf diese Agenturen angewiesen, sahen aber bald die dringende Notwendigkeit, an Bildmaterial zu gelangen, das die Welt aus ihrer Sicht illustriert. Mit der Zeitschrift „Der Arbeiterfotograf“ begann die Bewegung der Arbeiterfotografen, die sich zur „Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands“ verbanden. Gäste aus der Sowjetunion, aus Belgien, aus England und aus der Tschechoslowakei kamen im April 1927 zur Gründungsversammlung ins Erfurter Volkshaus.

Gegenmacht mit neuer Bildsprache

Der bürgerlichen Medienmacht die Sicht der Arbeiterklasse in ihren Medien entgegen zu setzen und mit ihren Bildern Einfluss zu nehmen, war Anliegen der Arbeiterfotografen. Sie schufen damit auch eine eigene ästhetische Bildsprache, die in der kurzen Zeit bis 1933 beachtliche Aufmerksamkeit erzielte. Die Namen Eugen Heilig, Erich Rinka, Ernst Thormann zeugen heute noch von der bedeutenden Qualität der Arbeiterfotografie der 1920er und 1930er Jahre. John Heartfield schuf seine Foto-Montage-Kunst in enger Verbindung mit dem Wirken der Arbeiterfotografen. Wie alle Organisationen der Arbeiterbewegung wurde 1933 auch die „Vereinigung der Arbeiter-Fotografen Deutschlands“ von den Nazis verboten.

Die digitale Herausforderung

In der Bundesrepublik erfolgte 1978 in Essen die Neugründung des Bundesverbandes der Arbeiterfotografie. Absicht und Selbstverständnis ihrer Mitglieder knüpfen an die ursprünglichen Intentionen der Arbeiterfotografen an. Die technischen Möglichkeiten haben sich verändert. Das Medium Fotografie ist durch die Digitalisierung schneller, die Verbreitungsmöglichkeiten durch das Internet sind größer geworden. Aber das Vertrauen der Menschen in diese digitale Fotowelt ist gesunken. Es ist für die Arbeiterfotografie eine neue Herausforderung, die Menschen für kritisches Sehen und Denken zu sensibilisieren.

„Die ungeheuere Entwicklung der Bildreportage ist für die Wahrheit über die Zustände, die auf der Welt herrschen, kaum ein Gewinn gewesen; die Photographie ist in den Händen der Bourgeoisie zu einer furchtbaren Waffe gegen die Wahrheit geworden. Das riesige Bildmaterial, das tagtäglich von den Druckpressen ausgespien wird, und das doch den Charakter der Wahrheit zu haben scheint, dient in Wirklichkeit nur der Verdunklung der Tatbestände. Der Photographenapparat kann ebenso lügen wie die Setzmaschine.“

Bertold Brecht 1931

Veranstaltungen

Zum 80jährigen Bestehen der ArbeiterfotografInnen-Bewegung finden in Erfurt vom 26. bis 28. Oktober 2007 zahlreiche Veranstaltungen mit Vorträgen, Diskussionen, Fotoexkursionen und einem Konzert mit Frank Baier & Band statt. Dabei werden auch die medienpolitische Situation und die Möglichkeiten reflektiert, den herrschenden Kräften auf diesem Gebiet etwas Wirksames entgegenzusetzen.

Von Oktober bis Dezember wird ein breites Spektrum von Fotoausstellungen zu sehen sein (elf Ausstellungen an acht verschiedenen Orten).

Was alles Thema sein wird, welche Referenten und Diskussions Teilnehmer erwartet werden, welche Ausstellungen von wann bis wann zu sehen sind und wie man sich anmelden kann, findet man unter

<http://www.arbeiterfotografie.com/80jahre>

Die Raffgier der Manager**Die größte Null kassierte am meisten**

Die Geldgier vieler Manager ist unbegrenzt! Auch die größten Versager kassieren hemmungslos. So genannte Aktienoptionen sind in vielen Konzernen wichtiger Teil der Vergütungen für Manager. Steigt der Aktienkurs, steigt auch ihr Vermögen. Viele Manager nutzen ihr Insiderwissen für eigene Geschäfte. Sie bedienen sich bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Während sich die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten in den vergangenen Jahren nicht erhöhten, stiegen Vorstandsbezüge um durchschnittlich über 53 Prozent.

Die Wirtschaftselite saht ab. Mit Aktienoptionen zum Vorzugspreis kassieren sie viele Millionen Euro zusätzlich. Beispielsweise erhielt Springer-Vorstand Matthias Döpfner Aktien im Wert von 50 Millionen Euro, und der abgelöste Chef von RWE, Harry Roels, wurde trotz mangelhafter Führungsleistungen mit 40 Millionen Euro belohnt.

Aus Managern werden Multi-Millionäre. Unter Top-Managern sind Maß und Moral verloren gegangen, urteilt der Schweizer Wirtschaftsethiker Peter Ulrich von der Universität St. Gallen: „Die Statistiken zeigen inzwischen weltweit, dass seit etwa 15 Jahren vom gesamten Produktivitätsfortschritt der Volkswirtschaften bei der Mehrheit der Bevölkerung, der arbeitenden Bevölkerung, nichts mehr ankommt. Wir haben dort Stagnation oder sogar leichte Verluste der Realeinkommen. Der gesamte Wertzuwachs ist an die obersten Kader sowie Kapitaleigner gegangen.“

Die größte Null im Kreis deutscher Spitzenmanager, Jürgen Schrempp, Ex-Vorstandsvorsitzender von Daimler, hat am meisten abgesahnt. Die von ihm eingefädelte und gescheiterte Fusion mit Chrysler kostete die Aktionäre geschätzt rund 100 Milliarden Euro. Trotzdem belohnten Schrempps Freunde im Aufsichtsrat die Geldvernichtung mit immer neuen Aktienoptionen. Unter Führung seines Nachfolgers Dieter Zetsche steigen die Aktienkurse nun wieder. Und die von Schrempp billig erworbenen Aktienoptionen werden immer mehr wert: inzwischen 80 Millionen Euro. So wird der Manager trotz miserabler Leistungen nachträglich auch noch belohnt. Die Zeche zahlt die Belegschaft, die die Fehler der Führung ausbaden muss. Dazu sagte Michael Clauss, Betriebsrat bei Daimler, im Fernsehmagazin *Frontal21*: „Das ist der übliche Weg. Es wird ja immer nur über Personalreduzierungen und Entlassungen versucht letztendlich wieder die Wertigkeit im Unternehmen herzustellen und dann wird wieder Personal entlassen und hinterher wird er noch belohnt dafür. So kriegt jetzt der Herr Schrempp für 80 Millionen Aktienoptionen – kriegt er 80 Millionen dafür, dass er vorher Milliardenverluste erwirtschaftet hat. Das versteht in der Belegschaft keiner mehr.“

Aber die Selbstbedienung der Manager geht weiter. Utz Claassen, Chef des Energiekonzerns EnBW, will vor Vertragsende seinen Job aufgeben. Sorgen um die Bezugsdauer seines Arbeitslosengeldes muss er sich nicht machen. Er erhält nach seinem Ausscheiden 400.000 Euro jährlich als Übergangsgeld bis er das Rentenalter erreicht hat.

Buchempfehlungen

Hans Leyendecker
Die große Gier
Rowohlt, 272 Seiten, 19,90 €

Hans Leyendecker ist Journalist und „Wühler“. Als solcher brachte er schon in zahlreiche Skandale Licht. Unter anderem in die VW-Affäre, den Siemens-Skandal und den Fall Infineon. Über viele Seiten seines Buches schildert er detailreich und spannend die Skandale und vor allem ihre Akteure. (NDR)

Heiner Flassbeck
Friederike Spiecker
**Das Ende
der Massenarbeitslosigkeit**
Westend, 304 Seiten, 24,90 €

Die hier veröffentlichte Analyse, so Flassbeck, gehe „weit über den bloßen Gegenstand der Arbeitslosigkeit hinaus“, stelle sich „der Auseinandersetzung mit den Kernideen der Volkswirtschaftslehre in den letzten hundert Jahren“. Es geht dabei um „ein möglichst geschlossenes Bild der Dynamik einer offenen Volkswirtschaft“. Ihr wirtschaftspolitisches Konzept soll zeigen, dass eine hohe Arbeitslosenquote keineswegs unumgänglich ist.

Naomi Klein
Die Schock-Strategie
Der Aufstieg des
Katastrophen-Kapitalismus
Fischer, 768 Seiten, 22,90 €

Die Autorin weist in ihrem beeindruckenden Buch nach, wie der Siegeszug der neoliberalen Ideologie in den vergangenen dreißig Jahren auf extremer Gewalt, auf Katastrophen und sogar auf Folter beruht, um die ungezügelt Marktwirtschaft rund um die Welt durchzusetzen.

Hungerlöhne für Briefzusteller

Wer sich über die Einführung von Mindestlöhnen in der Postbranche informieren will, sollte vor allem auf die zahlreichen Zeitungen des Axel Springer Verlages verzichten. Eine ausgewogene und differenzierte Berichterstattung findet in den Blättern dieses Konzerns nicht statt. Der Verlag vertritt bei der Berichterstattung eigene Interessen. Zusammen mit anderen Medienkonzernen (WAZ, Holtzbrinck, Mad-sack) hat Springer die PIN AG aufgebaut und will damit viel Geld verdienen. Über eine halbe Milliarde Euro wurden investiert. Damit sollen sagenhafte Renditen erzielt werden. Doch die lassen sich nur durch niedrigste Löhne für die Beschäftigten einfahren. Ihr Stundenlohn liegt unter fünf Euro brutto, und sie plagen sich oft bis zu 60 Stunden in der Woche. Ein gesetzlicher Mindestlohn würde die Profiträume platzen lassen.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Arbeitgeberverband Postdienste haben jüngst in einem Tarifvertrag einen Stundenlohn von 9 Euro in Ostdeutschland und bis 9,80 Euro in Westdeutschland vereinbart. Wer Hilfstätigkeiten verrichtet, erhält immerhin noch 8 Euro (Ost) bis 8,40 Euro (West). Der Arbeitsminister will diese Mindestlöhne für allgemeinverbindlich erklären. Mit einer aggressiven Kampagne wollen die deutschen Zeitungsverleger das verhindern. Mit ganzseitigen Anzeigen in ihren Zeitungen versuchen sie, die politischen Entscheidungsträger unter Druck zu setzen.

Florian Gerster (SPD), der frühere Sozialminister in Rheinland-Pfalz und danach Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, ist kürzlich zum Präsidenten des „Arbeitgeberverbandes der neuen Brief- und Zustelldienste“ eingesetzt worden. Als Cheflobbyist der Konkurrenten der Deutschen Post AG ist er Wortführer jener Postfirmen, die mit Dumpinglöhnen und miserablen Arbeitsbedingungen ihre Beschäftigten ausbeuten. Sein Jahreseinkommen soll dem Vernehmen nach eine Million Euro betragen. Zusammen mit dem Chef des Verwaltungsrats der PIN-Gruppe, Bodo Hombach (WAZ-Geschäftsführer und SPD-Mitglied), organisiert er die politische Kampagne für niedrige Löhne. Die soeben gegründete so genannte „Gewerkschaft Neue Brief- und Zustelldienste“ will mit ihren Tarifforderungen die Mindestlöhne, die zwischen ver.di und dem Arbeitgeberverband Postdienste vereinbart wurden, unterbieten. Unglaublich! Da gründet ein Konzern eine eigene, willfährige Gewerkschaft! Wenn das Schule macht, ist die Tarifautonomie in dieser Republik bald am Ende.

86 Prozent der Bevölkerung sind nach jüngsten Umfragen für gesetzliche Mindestlöhne. Aber das interessiert die Konzernherren nicht. Dabei will Springers *Bild* Zeitung, laut Eigenwerbung, doch die Stimme des Volkes sein. Aber beim Thema Mindestlohn ist das verlogene Blatt ziemlich weit weg vom Volk. Dazu sagte Wolfgang Abel (ver.di) in einem Fernsehinterview: „Hier werden einseitig Fakten unterdrückt. Und damit wird Aktionärsjournalismus betrieben, aus meiner Sicht. Und wenn man sich mit Journalisten des Springer-Hauses unterhält, dann kriegt man auch gesagt, unter der vorgehaltenen Hand, dass der Druck auf die Journalisten, bestimmte Sachverhalte nicht zu schreiben, sehr groß ist.“

F.K.

IG Metall Kongress

Die Delegierten des 21. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall haben vom 4. bis 10. November 2007 in Leipzig nicht nur wichtige Entscheidungen für die künftige Politik ihrer Gewerkschaft zu beraten und zu beschließen; sie müssen auch über einen Führungswechsel an der Spitze ihrer Organisation befinden. Der Vorstand der IG Metall hat Berthold Huber (57) als Nachfolger für Jürgen Peters (63) für das Amt des Ersten Vorsitzenden vorgeschlagen, nachdem dieser erklärt hatte, dass er auf eine erneute Kandidatur verzichte. Für die Position des Zweiten Vorsitzenden schlägt der Vorstand dem Gewerkschaftstag den nordrhein-westfälischen Bezirksleiter Detlef Wetzel (54) vor. Bertin Eichler (55) wurde erneut für das Amt des Hauptkassierers nominiert. „Wir haben uns bemüht, einen Personalvorschlag zu erarbeiten, der von allen breit getragen werden kann. Unsere Pflicht ist es, der Organisation einen einenden Vorschlag zu unterbreiten, der die ganze Vielfalt der IG Metall in ihrer Führung repräsentiert“, erklärte Jürgen Peters.

Als weitere geschäftsführende Vorstandsmitglieder sollen neu hinzukommen: der bisherige Leiter des Bereichs Grundsatz, Gesellschaftspolitik und strategische Planung, Hans-Jürgen Urban (46), und die Hannoveraner Bezirkssekretärin Helga Schwitzer (56). Zur Wiederwahl vorgeschlagen werden Regina Görner (57) und Wolfgang Rhode (56), die den siebenköpfigen Vorstand vervollständigen werden. Kirsten Rölke (58) und Wolf-Jürgen Röder (60) scheiden aus dem Gremium aus.

Wachstumsmarkt Krieg

Die Söldnerbranche ist zu einer globalen Industrie von Militärdienstleistern angewachsen. Die käuflichen Krieger werben im Internet als „globale Elite-Truppe“ oder „Berater für internationale strategische Sicherheit“, die „Risikomanagement“ oder „aggressive Sicherheit“ betreiben. International agierende private Sicherheitsfirmen verfügen über einen riesigen Markt. Ob Personenbewachung, Objektschutz oder Konvoi-Begleitung – sie sind immer häufiger gefragt.

Über ein Dutzend großer privater Sicherheitsfirmen - „Private Military Contractors“, kurz PMCs genannt - sind beispielsweise im Irak aktiv. Mehr als 25.000 private Sicherheitsdienstleister werden im Auftrag der US-Regierung und industrieller Auftraggeber eingesetzt. Seit Beginn des Irak-

Krieges wurden nach Angaben des US-Kongresses bereits vier Milliarden Dollar an private Sicherheitsfirmen beschlossen.

Völlig ungeklärt ist der rechtliche Status der Privatarmeen: Gelten ihre Angestellten als Zivilisten? Oder als Soldaten? Vor welchem Gericht müssen sie sich verantworten? Die Privatisierung des Militärs hat weit reichende Folgen. Es ist die Geschichte eines Kontrollverlustes. Ohne rechtliche Grundlage bauen Söldner Straßensperren auf, kontrollieren Ausweise, nehmen sogar Verhaftungen vor und machen von der Schusswaffe Gebrauch. Rund die Hälfte der Verhörspezialisten in dem für die Folter von Gefangenen bekannt gewordenen Gefängnis Abu Ghraib stammt von kommerziellen Militärfirmen. Soldaten und Söldner schießen im Irak

auch auf Zivilisten. Seit Kriegsbeginn sind mindestens hunderttausend irakische Bürger ermordet worden. Wie viele von ihnen durch hoch bezahlte Söldner starben, ist unklar.

Wie viele Opfer es unter Söldnern bisher im Irak gab, ist nicht bekannt. Sie tauchen nicht in der offiziellen Gefallenen-Statistik der US-Armee auf. Das ist aus Sicht der Besatzungsmacht auch ein Vorteil. Wenn Söldner in die Schlagzeilen kommen, erfährt man das ein oder andere Detail über manch anrühigen persönlichen Hintergrund der Privatkrieger. Sicherheitsfirmen in Krisengebieten beschäftigen meistens ehemalige Soldaten. Einige Anbieter werben aber auch Militärfremde an und versprechen „aufregende, gut bezahlte Jobs ohne Langeweile“. Sechsstellige Jahresgehälter sind die Regel mit Tagessätzen von 1.000 Dollar und mehr.

Initiative Öffentliche Dienste

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der „dbb Beamtenbund und tarifunion“ haben gemeinsam die „Initiative Öffentliche Dienste“ ins Leben gerufen. Sie stellt sich gegen anhaltende Haushaltskürzungen, Privatisierungen und Stellenabbau.

Die Kampagne macht sich stark für eine faire Bezahlung der in den öffentlichen Diensten Beschäftigten. Mit ihrer Zusammenarbeit setzen die Gewerkschaften ein Zeichen der Entschlossenheit, diese Ziele zu erreichen. Die Initiative ist offen für alle, die sich für eine Stärkung der öffentlichen Dienste in Deutschland einsetzen.

Ausführliche Informationen unter <http://www.genuggespart.de>

Mindestlöhne am Bau

Das Baugewerbe ist eine der wenigen Branchen in Deutschland mit allgemeinverbindlichen Mindestlöhnen. Sie müssen auch von nicht tarifgebundene Unternehmen gezahlt werden. Zudem gilt der „Lohn der Baustelle“: Arbeitnehmer aus dem Osten, die auf einer Baustelle im Westen arbeiten, erhalten den Mindestlohn West. Seit September 2007 gelten folgende Mindestlöhne auf dem Bau: Facharbeiter im Westen haben Anspruch auf 12,50 Euro pro Stunde, im Osten bekommen sie 9,80 Euro. Ungelernte erhalten 10,40 Euro im Westen und 9,00 Euro im Osten.

Die vereinbarten Mindestlöhne werden allerdings oft nicht gezahlt. Nach Schätzung des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB) werden sie „massenhaft unterschritten“. Nur

knapp jeder fünfte der bundesweit rund 710.000 Beschäftigten am Bau erhält den Mindestlohn. Hinzu kommen viele Arbeitnehmer, die nur den niedrigeren Ost-Lohn bekommen, obwohl sie auf einer West-Baustelle arbeiten. Bis zu 150.000 Beschäftigte bekommen zu wenig Geld, weil die Kontrollen der Behörden zum Mindestlohn unzureichend sind.

Im Kampf gegen kriminelle Bauunternehmer fordert die IG BAU zur Einhaltung der Mindestlöhne die Einführung einer Arbeitszeiterfassung. Die einer Krankenkassenkarte ähnliche Jobkarte mit persönlichen Angaben des Beschäftigten zu seiner Person und seinem Arbeitsverhältnis müsste von Arbeitnehmern auf der Baustelle mitgeführt werden und könnte bei Kontrollen entsprechend überprüft werden.

Bis Neulich

Da capo: Volker Pispers

Als er 1982 bei den Hörster Kulturtagen der IG Druck und Papier NRW auftrat, war er noch fast unbekannt. Volker Pispers, 1958 in Mönchengladbach-Rheydt geboren, entdeckte nach dem Studium der Anglistik, der Katholischen Theologie und der Pädagogik seine Vorliebe für den schwarzen Humor und seine Liebe zur Bühne. In Münster wurde er Mitglied in verschiedenen studentischen Theatergruppen, und 1983 trat er erstmals mit einem Soloprogramm auf: „Kabarette sich, wer kann“. In der folgenden Zeit konzentrierte er sich ganz aufs Kabarett und erhielt nach und nach mehrere Kulturpreise. 1990 wurde er Autor, Ensemblemitglied und Künstlerischer Leiter des Düsseldorfer „Kom(m)ödchens“. Seit 1991 ist er mit immer neuen Programmen nur noch solo unterwegs.

Unter dem Titel „Bis Neulich“ spielt Volker Pispers ein ständig vor sich hin wucherndes bzw. mutierendes Kabarettprogramm, das im Herbst 2002 zunächst als BEST OF aus zwanzig Jahren das Bühnenlicht erblickt hatte und inzwischen eine immer wieder aktualisierte, wilde Mischung aus ganz alten und ganz neuen Texten ist. Kein Kabarettabend ist bei Pispers wie der andere, und wenn man „Bis Neulich“ ein paar Monate später wieder besucht, wird man bereits einiges vermissen und einiges Neue hören. Das Programm spiegelt den Zustand der Republik: das Immerneue im Ewiggleichen. Denn während uns der Medienzirkus mit seinen Sprechblasen-Jongleuren vorgaukelt, dass ständig etwas passiere, tut sich bei den grundlegenden Problemen so gut wie nichts.

Seinen Stil hat der Kabarettist über die Jahre kaum verändert: Pispers ist der freundliche und scheinbar harmlos daherredende Conférencier geblieben, der – eben noch lächelnd – plötzlich hundsgeheim werden kann. Respekt sucht man in Pispers Programmen vergeblich. Unverblümt, krass und direkt pendelt er zwischen bitterböse und charmant-witzig. Seine Verarbeitung von Zitaten, seine gewagten Rechenoperationen und seine Zukunftsszenarien versöhnen das Publikum durch befreiendes Lachen.

Tournee-Daten (Auswahl): 27.10. München; 28.10. Stuttgart; 30.10. Essen; 03.11. Berlin; 07.11. Düsseldorf; 10.11. Castrop-Rauxel; 13.11. Oberhausen; 14.11. Recklinghausen; 16.11. Wuppertal; 22.11. Meerbusch; 23. und 24.11. Münster.

* * * *

Filmtipp

Import Export

Ein Spielfilm aus Österreich von Ulrich Seidl.

Eine Krankenschwester aus der Ukraine hofft, in Wien erträgliche Lebensumstände anzutreffen, erlebt jedoch eine endlose Abfolge von Verletzungen und Erniedrigungen. Ihr Schicksal wird mit dem eines jungen Sicherheitsmannes kontrastiert, der in seinem Job scheitert und mit seinem Stiefvater eine Geschäftsreise in die Slowakei antritt. Der Film schildert zwei Bewegungen von Ost nach West und umgekehrt und konfrontiert den Zuschauer mit dem allumfassenden Schrecken einer Gesellschaft, die Ausbeutung bis in die letzte Verästelung der Verkehrsformen zur Grundlage hat. Trotz seiner kompromisslo-

Welt der Arbeit

Internet-Publikationen

Herausgeber und verantwortlich
für den Inhalt:
Franz Kersjes
Abendrothstr. 5, 50769 Köln
Telefon: 0171 – 5 26 65 35
Mail: franz.kersjes@koeln.de

Die *Welt der Arbeit* erscheint nach
Bedarf kostenlos online und auf
der Website
www.weltderarbeit.de

Nachdruck gegen Übermittlung
von Belegen erwünscht. – Beiträ-
ge von Gastautoren stellen nicht
in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers dar.

Empfehlungen:
<http://www.nachdenkseiten.de>
<http://www.labournet.de>
<http://www.einblick.dgb.de>
<http://www.verdi.de>
<http://www.igmetall.de>
<http://www.wissentransfer.info>
<http://www.erwerbslose.de>
<http://www.attac.de>
Neue Rheinische Zeitung
<http://www.nrhz.de>

Institut für Bildung, Medien und Kunst

im Heinrich-Hansen-Haus
Teutoburger-Wald-Straße 105
32791 Lage-Hörste
Telefon: 0 52 32 / 9830
Mail: bst.imk@verdi.de
Infos: <http://www.imk.verdi.de>

sen Härte kein pessimistischer Film, da er seinen Hauptfiguren moralische Integrität zugesteht und im Zuschauer humanistische Impulse auszulösen vermag – Sehenswert. *FilmDienst*

In den Hauptrollen:
Ekateryna Rak, Paul Hofmann,
Georg Friedrich, Natalia Baranova,
Michael Thomas, Susanne Lothar,
Maria Hofstätter.
Regie: Ulrich Seidl
135 Minuten